



---

**47. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales**

**Gremium:** Ausschuss für Gesundheit und Soziales  
**Sitzungstermin:** Dienstag, 20.08.2013, 18:00 Uhr  
**Ort, Raum:** Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str.  
79/81

---

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.06.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Vorstellung der Arbeit der Kompetenzagentur Potsdam
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2010 und Entlastung des Oberbürgermeisters  
**13/SVV/0315** Oberbürgermeister;  
Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Verband Kommunaler Krankenhäuser  
**13/SVV/0370** Oberbürgermeister, GB Soziales,  
Jugend, Gesundheit, Ordnung  
und Umweltschutz
- 7 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine



## Niederschrift

### 46. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 11.06.2013
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:30 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Frau Jana Schulze DIE LINKE

##### Ausschussmitglieder

Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	
Frau Klara Geywitz	SPD	bis 19:50 Uhr
Herr Dr. Ralf Otto	SPD	ab 18:05 Uhr
Frau Maike Dencker	CDU/ANW	ab 18:25 Uhr
Frau Hala Kindelberger	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten	

##### sachkundige Einwohner

Herr Uwe Fröhlich	Grüne/B90
Herr Wolfgang Günther	SPD
Herr Jörg Jutzi	DIE LINKE
Herr Björn Karl	FDP
Frau Barbara Müller	BürgerBündnis
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat
Herr Jan-Peter Schmarje	Behindertenbeirat
Frau Maria von Pawelsz-Wolf	CD/ANW

##### Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger Beigeordnete Soziales,  
Jugend, Gesundheit

#### Nicht anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

Frau Solveig Sudhoff	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Heike Judacz	SPD	entschuldigt
Frau Jutta Busch	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr Jan Wendt	Die Andere	entschuldigt

##### sachkundige Einwohner

Frau Christine Anlauff	Die Andere	entschuldigt
Frau Angela Basekow	SPD	entschuldigt
Herr Ronny Besancon	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Steffen Koczott	SPD	entschuldigt
Herr Matthias Lack	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Thi Minh Lien Ngo	Migrantenbeirat	entschuldigt

**Gäste:**

Frau Lydia Sandrock	Autonomes Frauenzentrum
Frau Nadia Hübner	Autonomes Frauenzentrum
Frau Martina Trauth-Koschnick	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Magdalena Grasnick	Beauftragte für Migration und Integration
Frau Anke Latacz-Blume	FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Herr Hans-Joachim Böttche	Bereich Wohnen
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

**Tagesordnung:****Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung
- 2 Berichte aus den Beiräten
- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.05.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 4 Informationen der Verwaltung
- 5 Vorstellung der Arbeit der Beratungsstelle des Autonomen Frauenzentrums Potsdam
- 6 Vorstellung der Projekte des Frauenhauses Potsdam
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung der Übergangseinrichtung "Wohnheim am Nuthetal" zur vorläufigen Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen und sonstigen Zugewanderten der Landeshauptstadt Potsdam  
13/SVV/0316  
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt  
vorbehaltlich der Überweisung
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Wohnungsunterbringungskonzept für asylsuchende und geduldete Personen  
13/SVV/0344  
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt  
vorbehaltlich der Überweisung
- 9 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Jana Schulze.

#### zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung

Frau Schulze stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 5 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss nicht beschlussfähig. Daraufhin schlägt Frau Schulze vor, mit den Berichten aus den Beiräten zu beginnen.

#### zu 2 Berichte aus den Beiräten

##### **Behindertenbeirat**

Der Bericht liegt allen Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor. Zum Bericht gibt es keine Nachfragen oder Anmerkungen.

##### **Seniorenbeirat**

Herr Puschmann informiert über die Veranstaltungen, die im Rahmen der 20. Brandenburgischen Seniorenwoche durchgeführt werden und bisher gut angekommen sind. Er betont dabei, dass die Seniorenarbeit gemeinsam mit der Stadtverwaltung auch weiterhin kontinuierlich fortgesetzt werden soll.

##### **Migrantenbeirat**

Frau Kindelberger informiert, dass sich der Migrantenbeirat mit den Themen berufliche Integration und interkulturelle Kompetenz befasst hat.

Auf Nachfrage von Frau Schulze bezüglich der Zustimmung des Migrantenbeirates zur Unterbringung der durch die Landesaufnahmestelle zugewiesenen Asylbewerber und Flüchtlinge im Buchhorst erklärt Frau Müller-Preinesberger, dass durch die Unterbringung in einem Gebäude in Containerbauweise die notwendigen Plätze zur Verfügung gestellt werden. Dies bedeutet nicht, dass entsprechende der Aufnahmezahl auch 153 Plätze an diesem Standort eingerichtet werden. Die Stadt prüft parallel die schnellstmögliche Unterbringung in Wohnungen.

Des Weiteren macht sie deutlich, dass die Innenausstattung der Container dem Standard der Gemeinschaftsunterkunft an der Alten Zauche entspricht. Das heißt wohnungsähnliche Unterbringung. Aber auch die vernetzende Arbeit soll dann in diesen Stadtteil ausgeweitet werden.

Auch müssen zusätzlich 15 bis 18 syrische Kriegsflüchtlinge aufgenommen werden. Frau Müller-Preinesberger betont, dass jeder einzelne Mensch hier individuell betrachtet werden muss.

Sie verweist auch auf die Mitteilungsvorlage der Verwaltung, die am 19.06.2013 im Hauptausschuss vorgestellt wird und macht auf Nachfrage von Frau Schulze

deutlich, dass die Einrichtung wird anhand eines Ausschreibungsverfahrens an einen Träger gegeben wird. Eine Beschlussfassung wird für die Septembersitzung 2013 vorbereitet.

**zu 3      Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.05.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Da ab 18:05 Uhr mit 6 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern die Beschlussfähigkeit hergestellt ist, bittet Frau Schulze um Bestätigung der Niederschrift vom 21.05.2013 sowie Abstimmung über die aktuelle Tagesordnung.

Da es keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche gibt, bittet Frau Schulze um Abstimmung über die Niederschrift.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:        6  
Ablehnung:         0  
Stimmenthaltung:  0

**Bestätigung der Tagesordnung:**

Da es keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche gibt, bittet Frau Schulze um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:        6  
Ablehnung:         0  
Stimmenthaltung:  0

**zu 4      Informationen der Verwaltung**

**Regionalbudget**

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass in den vergangenen 9 Jahren 1.610 langzeitarbeitslose Potsdamerinnen und Potsdamer von den insgesamt 170 Einzelprojekten der Fachstelle für Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik profitiert haben. Die durchschnittliche Vermittlungsquote liegt bei 30 %. Somit konnten 566 Personen in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse gebracht werden.

Das MASF wird das Regionalbudget in der bestehenden Form über den 28.02.2014 hinaus nicht mehr weiterführen. Für die nächste Förderperiode wird es nicht mehr die regionalisierte Übertragung der Aufgaben an die Kommunen geben. Die Auswahl der Projekte soll dann zukünftig zentral über die LASA/ZAB erfolgen. Aus Sicht der LHP geht hierbei dann der detaillierte regionale Blick und somit die passgenaue Abstimmung mit den Projektträgern verloren. Die Verwaltung hat dazu bereits sehr kritische Anmerkungen gemacht.

Der Oberbürgermeister wird einen entsprechenden Brief an Minister Baaske schreiben, um die Situation und die Folgen darzustellen. Auch aus den Landkreisen gab es auf der Veranstaltung dazu am 30.05.2013 ein deutliches Signal. Die LHP hat sich klar dafür ausgesprochen, dass die Projekte in bewährter Form weitergehen sollen.

## **Jobbensive**

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass durch das Jobcenter die sog. Brandenburger Jobbensive umgesetzt werden soll. Ziel ist die Erhöhung der Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Hierzu sollen Mittel aus dem Integrationsbudget genommen werden, obwohl dies bereits deutlich abgesenkt wurde. Diese Mittel fehlen dann, um Maßnahmen für arbeitsmarktferne Gruppen zu gestalten. Würden die Mittel aus den passiven Leistungen (Grundsicherung SGB II) entnommen, die nachweislich eingespart wurden, könnte eine Zustimmung erfolgen.

## **BuT**

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass die im Jahr 2012 nicht verbrauchten Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket nicht zurückgezahlt werden sollen, da diese gemäß einer Verordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales mit den Mitteln für das laufende Jahr verrechnet werden. Derzeit wird von Kompromisslösung ausgegangen, die aber nicht vor Oktober 2013 vorliegen wird. Sie bietet an, die Verordnung als Anlage zum Protokoll zur Verfügung zu stellen.

## **Pflegestützpunkt**

Frau Latacz-Blume informiert, dass die kommunal besetzte Stelle im Pflegestützpunkt ab dem 01.07.2013 nicht besetzt ist, da die Mitarbeiterin in den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie wechselt. Unter Beachtung des Zeitvorlaufs für das Ausschreibungsverfahren ist von einer Besetzung der Stelle zum 01.08.2013 auszugehen. Arbeitsgruppenintern wird derzeit die übergangsweise Sicherstellung der Öffnungszeiten organisiert.

## **zu 5      Vorstellung der Arbeit der Beratungsstelle des Autonomen Frauenzentrums Potsdam**

Frau Sandrock (Autonomes Frauenzentrum) gibt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Arbeit der Frauenberatungsstelle des Autonomen Frauenzentrums Potsdam vor. Dabei verweist sie auf den Anstieg der Zahl der Beratungen in den letzten 10 Jahren. Anschließend gibt sie einen Überblick über die Themen der Beratungen und zeigt die Folgen von Gewalt an Frauen auf, wobei sie deutlich macht, dass ca. 14 % der Frauen aufgrund von Gewaltfolgen frühberentet werden.

Frau Sandrock teilt mit, dass durch die Beratungsstelle auch Schulungen für Polizei, Telefonseelsorge, Ärztinnen und Ärzte und Studierende aus sozialen Bereichen geschult werden. Die Öffentlichkeitsarbeit erfolgt u.a. anhand von Aktionen, Fachtagungen, Vorträgen und Flyern.

Abschließend gibt Frau Sandrock einen Überblick über Vernetzung und Kooperation.

Auf Nachfrage erklärt Frau Sandrock, dass die Beratungen grundsätzlich anonym durchgeführt werden. 50 % der Frauen, die die Beratungsstelle aufsuchen kommt aus der Stadt Potsdam, 35 % aus Potsdam-Mittelmark und die restlichen 15 % aus dem Land Brandenburg. Die Beratungsstelle wird anteilig durch die Landeshauptstadt Potsdam, den Landkreis Potsdam-Mittelmark und das Land Brandenburg finanziert. Im Land Brandenburg gibt es insgesamt vier Frauenberatungsstellen. Die Beratungsstelle des Autonomen Frauenzentrums Potsdam ist die einzige Beratungsstelle im Land Brandenburg, die zu sexueller Gewalt berät.

Die Wartezeit beträgt 2 bis 3 Wochen. Bei akuten Fällen wird schnellstmöglich eine Beratung durchgeführt, in derselben Woche. Die Altersstruktur der Frauen,

die in die Beratungsstelle kommen, ist sehr gemischt.

Um für die Zukunft Frauen zu stärken, sich gegen Gewalt zu wehren, ist eine breite Öffentlichkeitsarbeit wichtig. Es müssen entsprechende Hilfeangebote vorhanden sein, aber auch Täterprogramme muss es geben. Hier hat das Land Brandenburg noch keine Stelle. Dies ist aus ihrer Sicht sehr wichtig, auch als Kooperationspartner.

## **zu 6      Vorstellung der Projekte des Frauenhauses Potsdam**

Frau Hübner (Autonomes Frauenzentrum) macht eingangs deutlich, dass das Frauenhaus den Frauen und ihren Kindern einen Schutzraum vor psychischer und physischer Gewalt bietet.

Anschließend stellt sie die Arbeit des Frauenhauses vor und macht dabei deutlich, dass sehr wichtig ist, dass jede Frau mit Ihren Kindern ein Zimmer allein hat und ihren Tagesablauf bei Einhaltung der bestehenden Regeln selbst gestalten kann. Danach stellt sie die Räumlichkeiten des Hauses vor und erklärt, dass die Arbeit in folgende drei Bereiche aufgeteilt ist:

- Frauenbereich,
- Kinderbereich,
- Hausorganisation.

Frau Hübner teilt mit, dass es eine gute Vernetzung und Zusammenarbeit mit Behörden wie Jobcenter, Jugendamt, Wohnungsamt, Polizei, Kitas, Schulen Ärzten, Psychologen und Therapeuten und Beratungsstellen gibt.

Von Seiten der Ausschussmitglieder werden keine Nachfragen gestellt.

## **zu 7      Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

### **zu 7.1    Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung der Übergangseinrichtung "Wohnheim am Nuthetal" zur vorläufigen Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen und sonstigen Zugewanderten der Landeshauptstadt Potsdam**

**13/SVV/0316**

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Frau Latacz-Blume (FB Soziales, Gesundheit und Umwelt) bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen. Sie weist darauf hin, dass es derzeit keinen Bewohner gibt, der eine Gebühr zahlen muss.

Frau Müller-Preinesberger ergänzt, dass die Asylbewerber die gleichen Leistungen erhalten wie Leistungsempfänger nach dem SGB II. Die Gebühr ist eine Nutzungsgebühr und analog einer Mietzahlung zu sehen, da der Wohnraum erhalten bleibt, auch wenn dieser eine Zeit lang nicht genutzt wird.

Frau Latacz-Blume erklärt auf Nachfrage bezüglich der je nach Nutzungsdauer unterschiedlichen Gebühren, dass bei einem kurzen Aufenthalt von einem Jahr der Aufwand z.B. bei Renovierungsarbeiten relativ gering ist. Bei längerem Aufenthalt in der Gemeinschaftsunterkunft ist der Aufwand der Wiederherrichtung der Wohnung entsprechend höher.

Da es keine weiteren Nachfragen gibt, bittet Frau Schulze um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

**Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:**

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung der Übergangseinrichtung "Wohnheim am Nuthetal" zur vorläufigen Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen und sonstigen Zugewanderten der Landeshauptstadt Potsdam

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 8 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 8.1 **Wohnungsunterbringungskonzept für asylsuchende und geduldete Personen**  
**13/SVV/0344**

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Frau Latacz-Blume (FB Soziales, Gesundheit und Umwelt) bringt die Mitteilungsvorlage ein und gibt Erläuterungen.

Frau Kindelberger betont, dass der Migrantenbeirat von Anfang an in der Arbeitsgruppe vertreten war. Sie weist darauf hin, dass das Erlernen der deutschen Sprache sehr wichtig ist. Aber auch eine interkulturelle Kompetenz muss vorhanden und bestimmte Grundrechte müssen bekannt sein. Sie macht auch deutlich, dass der Migrantenbeirat sich mit dem Wohnfähigkeitscheck beschäftigt hat und mit diesem auch einverstanden ist.

Müller-Preinesberger informiert, dass das Konzept in „Leitfaden zur Wohnungsvermittlung“ umbenannt werden soll. Wichtig ist, dass es in der Gemeinschaftsunterkunft Menschen aus sehr unterschiedlichen Kulturen gibt. Hinzu kommt, dass Einzelpersonen und Familien zu versorgen sind. Es muss genau gesehen werden, welche Wohnungen benötigt werden und wie es geschafft werden kann, dass die Menschen in der eigenen Wohnung leben können. Misserfolge sollen hierbei unbedingt vermieden werden. Wenn sich jemand nicht in der Lage sieht, selbstständig in einer eigenen Wohnung zu leben, kann dieser auch länger als ein Jahr in der Gemeinschaftsunterkunft leben. Die Flüchtlinge müssen auch motiviert werden, einen Wohnberechtigungsschein zu beantragen und dann auch abzuholen. Es muss auch die passende Wohnung vorhanden sein. Diesbezüglich werden Verhandlungen mit den Wohnungsunternehmen geführt.

Sie verweist auf eine Stellungnahme von Herrn Boede als Vorsitzenden der AG Wohnen und Unterbringung, in der klar mathematisch berechnet wird, dass keine neue Gemeinschaftsunterkunft benötigt wird. Dies ist so nicht umsetzbar, da die Vermittlung in Wohnungen sehr individuell betrachtet werden muss.

Bezüglich der freiwilligen Zielvereinbarung zur Absolvierung eines Deutschkurses macht sie deutlich, dass es sehr wichtig ist, das Ziel gemeinsam mit den betroffenen Menschen zu erreichen. In der LHP ist die Möglichkeit geschaffen, jedem Flüchtling nach Ankunft einen Sprachkurs zu ermöglichen. Sie wirbt dafür, hier sehr differenzierter heranzugehen. Des Weiteren wird die Verwaltung auch ein Nachsorgekonzept erarbeiten.



Bezug nehmend auf die Nachfrage zur Bereitstellung von Sprachmittlerkosten erklärt Frau Müller-Preinesberger, dass die Flüchtlinge aufgrund der Herkunft sehr viele unterschiedliche Sprachen sprechen. Da die Sprachmittlerkosten entsprechend der Bedarfe eingesetzt werden können, kann hier sehr flexibel gehandelt werden.

Frau Latacz-Blume verweist auf Nachfrage auf die Möglichkeit der Bildung von Wohngemeinschaften und betont, dass auch diese Möglichkeit geprüft werden muss.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

## **zu 9 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine**

Frau Müller-Preinesberger weist auf die Bilderausstellung im Flur des 1. OG des Stadthauses „Nicht hören, nicht sehen aber trotzdem verstehen“ hin.

Frau Kindelberger weist darauf hin, dass am 14.6.2013, 10:00 Uhr die Möglichkeit der Besichtigung der Räumlichkeiten der Stadteilschule Drewitz besteht.

Frau Schulze informiert, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses am 20.08.2013 noch zwei Drucksachen zu behandeln sind, die per Konsensliste aus den letzten SVV überweisen wurden. Des Weiteren wird die Kompetenzagentur ihre Arbeit vorstellen. Hier läuft zum Ende 2013 die Förderung aus. Auf der Grundlage der neuen Förderrichtlinie kann eine Förderlücke von ca. 10 Monaten entstehen.

**Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales:  
20. August 2013, 18:00 Uhr**

  
**Jana Schulze**  
**Ausschussvorsitzende**

  
**Martina Spyrá**  
**Schriftführerin**



Landeshauptstadt  
Potsdam

Der Oberbürgermeister

## Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**13/SVV/0315**

**Betreff:**

öffentlich

### Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2010 und Entlastung des Oberbürgermeisters

Einreicher: SB Finanzen und Berichtswesen

Erstellungsdatum 16.05.2013

Eingang 902: 16.05.2013

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
05.06.2013	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

#### Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den vom Oberbürgermeister festgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 in der vorliegenden Fassung (Anlage 1). Der Jahresabschluss weist in der Ergebnisrechnung einen Gesamtfehlbetrag von € -7.229.388,65 sowie in der Finanzrechnung einen Saldo aus Ein- und Auszahlungen an eigenen Zahlungsmitteln von € 2.250.190,00 sowie einen Saldo aus Ein- und Auszahlungen an fremden Zahlungsmitteln von € -2.394.964,52 aus.
2. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt darüber hinaus alle im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten bekannt gewordenen unabweisbaren über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2010 (Anlage 2). Die Unabweisbarkeit wurde durch das Rechnungsprüfungsamt im Rahmen der Jahresabschlussprüfung bestätigt.
3. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2010 (Anlage 3) zur Kenntnis.
4. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt alle im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten 2010 erforderlichen Mittelentsperrungen in den Aufwendungen und Auszahlungen zur Gewährleistung der Deckung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen (Anlage 5)
5. Dem Oberbürgermeister wird, entsprechend der Empfehlung des Rechnungsprüfungsamtes, nach § 82 Absatz 4 BbgKVerf uneingeschränkte Entlastung für das Haushaltsjahr 2010 erteilt.

Ergebnisse der Vorbereitungen  
auf der Rückseite

#### Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?** Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Das Jahresergebnis 2010 setzt sich wie folgt zusammen:

Ordentliches Ergebnis	€	-11.250.123,33
<u>Außerordentliches Ergebnis</u>	€	<u>4.020.734,68</u>
Gesamtergebnis	€	-7.229.388,65

Die Ergebnisbestandteile wurden gemäß § 25 KomHKV den entsprechenden Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen sowie des außerordentlichen Ergebnisses entnommen bzw. zugeführt.

Der Saldo der Ein- und Auszahlungen an eigenen Zahlungsmitteln (€ 2.250.190,00) unter Berücksichtigung des Saldos aus Ein- und Auszahlungen von fremden Finanzmitteln (€ -2.394.964,52) des Haushaltsjahres 2010 verringert den Gesamtbestand an Zahlungsmitteln um € -144.774,52 auf € 25.473.634,50 zum Bilanzstichtag.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

**Berechnungstabelle Demografieprüfung:**

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	<b>Wirkungsindex Demografie</b>	<b>Bewertung Demografie-relevanz</b>
					<b>0</b>	<b>keine</b>

**Begründung:**

Die Landeshauptstadt Potsdam bilanziert seit dem 1. Januar 2007 nach den Grundsätzen der kaufmännischen doppelten Buchführung (Doppik). Durch die drei Komponenten – bestehend aus Bilanz, Ergebnis- und Finanzrechnung – wird seither ein den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landeshauptstadt Potsdam dargestellt. Ziel der Doppik ist, eine größtmögliche Transparenz der Wirtschaftlichkeit des Handelns zu schaffen und den Entscheidungsträgern geeignete sowie wirtschaftsübliche Entscheidungs- und Steuerungsgrundlagen zur Verfügung zu stellen.

Die Landeshauptstadt Potsdam ist eine von acht Modellkommunen, welche das neue Rechnungswesen im Land Brandenburg vorgezogen eingeführt haben. Die Pilotierungsphase diente insbesondere dazu, nachfolgenden Kommunen den Weg zur Umstellung zu ebnen, da die vielfältigen fachlichen, systemtechnischen und sonstigen Herausforderungen, die sich den Kommunen im Rahmen des Umstiegs stellen, von den Modellkommunen bereits identifiziert und soweit möglich gelöst wurden. Nachfolgende Kommunen können somit bereits umfangreiches gesammeltes Wissen für sich nutzen.

Seit Vorlage der Eröffnungsbilanz im Herbst 2008, sowie der ersten doppischen Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2007 im Frühjahr 2010, zum 31. Dezember 2008 im Frühjahr 2011 und zum 31. Dezember 2009 im Frühjahr 2012 hat die Landeshauptstadt Potsdam ihr Rechnungswesen sowie die Strukturen und Prozesse weiter optimiert. Die Aufstellung der doppischen Jahresabschlüsse stellte und stellt noch immer höchste Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie neue, für die kommunalspezifischen Anforderungen programmierte, Buchhaltungssysteme.

Der vorliegende vierte doppische Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 wurde gemäß § 82 BbgKVerf im Entwurf vom Kämmerer aufgestellt, vom Rechnungsprüfungsamt geprüft und im Anschluss daran vom Oberbürgermeister festgestellt. Der Jahresabschluss 2010 wird hiermit der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt. Das Rechnungsprüfungsamt empfiehlt gemäß § 104 Absatz 4 BbgKVerf den vorliegenden Jahresabschluss zu beschließen und den Oberbürgermeister uneingeschränkt zu entlasten.

Das Verfahren zur Genehmigung aller im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten bekannt gewordenen unabwiesbaren über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2010 (Anlage 2) orientiert sich an den Empfehlungen aus dem FAQ Nr. 9.1.1 (Stand 24. Juli 2009) des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg, wonach die Einholung der erforderlichen Genehmigung durch die Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der Beschlussfassung über den Jahresabschluss als sachgerecht erachtet wird. Die erforderliche Bestätigung der Unabwiesbarkeit durch das Rechnungsprüfungsamt erfolgte im Rahmen der Jahresabschlussprüfung und wird in dessen Schlussbericht bestätigt.

Darüber hinaus erhält die Stadtverordnetenversammlung gemäß § 70 Absatz 1 BbgKVerf hiermit die über- und außerplanmäßigen nicht erheblichen Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2010 zur Kenntnis (Anlage 4).

Um das Verfahren der Mittelentsperrungen (Aufhebung der Bewirtschaftungssperre nach 8 Nr. 4 Haushaltssatzung) zu vereinfachen, wurden alle im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten 2010 bekannt gewordenen erforderlichen Mittelentsperrungen zur Abstimmung der Stadtverordnetenversammlung zusammengefasst (Anlage 5). Die Mittelentsperrungen waren zur

Deckung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen aufgrund von Jahresabschlussbuchungen notwendig und bedürfen, aufgrund der in der Haushaltssatzung 2010 geltenden Festlegungen, eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung. Diese Mittelentsperrungen wurden vorbehaltlich der Zustimmung der SVV zum Jahresabschluss durch den Beigeordneten für Zentrale Steuerung und Service genehmigt.

**Anlagen:**

Jahresabschlusses 2010 der Landeshauptstadt Potsdam



**Landeshauptstadt  
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

## Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**13/SVV/0370**

**Betreff:**  
**Verband Kommunaler Krankenhäuser**

öffentlich

**bezüglich**  
**DS Nr.: 12/SVV/0594**

Erstellungsdatum 30.05.2013

Eingang 902: 30.05.2013

Einreicher: GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

05.06.2013 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

**Inhalt der Mitteilung:** Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis::

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 30.01.2013 (DS 12/SVV/0594) wurde der Oberbürgermeister beauftragt, sich gemeinsam mit der Geschäftsführung des Klinikums „Ernst von Bergmann“ für eine engere Zusammenarbeit der kommunalen Krankenhäuser einzusetzen.

Sowohl die Anforderungen an den Erhalt qualitativ hochwertiger medizinischer Daseinsvorsorge als auch die Notwendigkeit der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung der kommunalen Krankenhäuser aufgrund des Krankenhausfinanzierungsgesetzes machen eine Zusammenarbeit der kommunalen Häuser erforderlich.

Um dieses erreichen zu können, sind konkrete Einzelmaßnahmen anzustreben und umzusetzen.

Durch die Geschäftsführung des Klinikums „Ernst von Bergmann“, zusammen mit den Organen der Gesellschaft, sind derzeit folgende Ergebnisse erzielt worden:

1. Kooperation mit der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH zur Unterstützung und Angebotserhaltung im Bereich Frühgeborenenversorgung/Kindermedizin – Gründung der gemeinsamen Tochtergesellschaft Klinikum Westbrandenburg GmbH

Fortsetzung der Mitteilung Seite 3

### Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt

zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

**Finanzielle Auswirkungen?** Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4